

Thüringer Landtag • Jürgen-Fuchs-Straße 1 • 99096 Erfurt

Herrn
Arne Semsrott
Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.
Singerstraße 109
10179 Berlin

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
#33524, 17.09.2018

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
2417-3/2018, 26.09.2018

Erfurt, den
11. Oktober 2018

Ihr Antrag nach § 4 Abs. 1 des Thüringer Informationsfreiheitsgesetzes „Titel von Gutachten des Juristischen Dienstes [#33524]“

Sehr geehrter Herr Semsrott,

mit E-Mail vom 17. September 2018 haben Sie um eine Übersicht über die Ausarbeitungen, die der Juristische Dienst des Thüringer Landtags seit dem Jahr 2008 verfasst hat, gebeten und Ihr Anliegen auf § 4 Abs. 1 des Thüringer Informationsfreiheitsgesetzes (ThürIFG) gestützt. Dazu teile ich Ihnen Folgendes mit:

Der von Ihnen geltend gemachte gesetzliche Informationsanspruch nach § 4 Abs. 1 ThürIFG besteht aus folgenden Gründen nicht:

Der Anwendungsbereich des Thüringer Informationsfreiheitsgesetzes ist vorliegend nicht eröffnet. Gemäß § 2 Abs. 3 ThürIFG ist der Thüringer Landtag im spezifischen Bereich der Wahrnehmung parlamentarischer Angelegenheiten nicht informationspflichtig. Der Thüringer Gesetzgeber hat damit den Anwendungsbereich des Thüringer Informationsfreiheitsgesetzes ausdrücklich auf die reine behördliche Verwaltungstätigkeit des Landtags beschränkt. Er hatte sich dabei an der Regelung des § 2 Abs. 5 des Thüringer Datenschutzgesetzes alte Fassung, heute § 2 Abs. 6 des Thüringer Datenschutzgesetzes, orientiert, in dem die typisierten Verwaltungsangelegenheiten des Landtags aufgezählt sind. Darunter fällt nicht die gutachterliche Tätigkeit der Verwaltung des Thüringer Landtags.

Die von Ihnen genannten Vorschriften des § 3 des Thüringer Umweltinformationsgesetzes und § 1 des Verbraucherinformationsgesetzes sind erkennbar vorliegend nicht einschlägig.

Vor dem Hintergrund jedoch, dass der Präsident des Thüringer Landtags mit Wirkung ab dem 1. April 2018 einen eigenständigen Wissenschaftlichen Dienst innerhalb der Verwaltung des Thüringer Landtags eingerichtet und dazu im Benehmen mit dem Vorstand des Thüringer Landtags eine Leitlinie erlassen hat, welche die Zugänglichkeit der Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes regelt, gebe ich Ihnen ungeachtet des nicht bestehenden gesetzlichen Informationsanspruchs Auskunft über die Titel der Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes, die seit dem 1. April 2018 allen Mitgliedern des Thüringer Landtags zur Verfügung gestellt wurden:

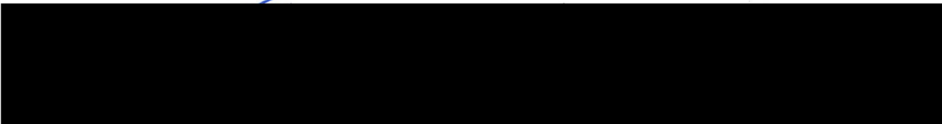
- Gutachterliche Stellungnahme zu der Frage, was das Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 9. Juni 2017 (Az.: 61/16) im Normenkontrollverfahren zum Vorschaltgesetz für die Arbeit des Thüringer Landtags - insbesondere die Beratung von Gesetzentwürfen - in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht bedeutet vom 15. Juni 2018
- Gutachterliche Stellungnahme zu Fragen der Verfassungsmäßigkeit des im Entwurf von der Landesregierung eingebrachten Thüringer Gesetzes über das Nationale Naturmonument „Grünes Band Thüringen“ (Thüringer Grünes-Band-Gesetz -ThürGBG-, Drs. 6/4464) und zu der Frage, wie das weitere Gesetzgebungsverfahren einschließlich der Ausfertigung und Verkündung des Gesetzes rechtskonform auszugestalten ist vom 23. Juli 2018

Im Übrigen kann die Existenz der als parlamentarische Vorlagen veröffentlichten Gutachten der Verwaltung des Thüringer Landtags für jeden öffentlich zugänglich über die Parlamentsdokumentation des Landtags unter www.parldok.thueringen.de recherchiert werden. Hierzu können Sie unter Formalkriterien beispielsweise den Dokumententyp oder den Urheber filtern. Darüber hinaus bietet der Landtag Nordrhein-Westfalen auf dessen Internetangebot eine Nachweisdatenbank über Gutachten an, die unter anderem auch nach Ländern gefiltert werden kann.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erheben. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag



Stellvertretender Abteilungsleiter und Referatsleiter

Anlage:

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 DS-GVO

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen
(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verantwortlicher: Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Abteilungen: Büro des Präsidenten, Abteilung A
Referate: P 2, A 1, A 7

Kontakt:

Telefon (0361) 37 700
Fax (0361) 37 72016
E-Mail poststelle@landtag.thueringen.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
(Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Postanschrift:

Rolf Bräutigam
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Kontakt:

Telefon (0361) 37 72050
Fax (0361) 37 71050
E-Mail dsb@landtag.thueringen.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung
(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)

Bearbeitung des Antrags nach § 4 Abs. 1 Thüringer Informationsfreiheitsgesetz, § 3 Abs. 1 Thüringer Umweltinformationsgesetz und § 1 Verbraucherinformationsgesetz

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung
(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Artikel 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern
(Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

innerhalb des Verantwortlichen: Referate P 2, A 1 und A 7

Auftragsverarbeiter: _____

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen): _____

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation
(Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt:

ja nein

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer der behördlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten und -fristen nach der Richtlinie über die Aufbewahrung von Schriftgut in der Verwaltung des Freistaats Thüringen (Ziffer 4.3) und dem Thüringer Archivgesetz.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DS-GVO).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. c DS-GVO)

- Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO). Daher haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

(Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

(Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

- gesetzlich vorgeschrieben vertraglich vorgeschrieben für einen Vertragsabschluss erforderlich.

**12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß
Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)**

1. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO: ja nein

2. Wenn unter 1. „ja“ angekreuzt wurde:

Folgende Logik liegt der automatisierten Einzelentscheidung zugrunde:

Die Verarbeitung hat folgende Auswirkung auf die betroffene Person (Tragweite schildern):

**13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck
(Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)**

Ihre personenbezogenen Daten werden für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden ja nein